

Hinweisblatt über die Informationspflichten zur Erhebung von personenbezogenen Daten für Leistungen nach Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch (SGB XII)

(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)
Sozialamt/Unterhalt

1. Namen und Kontaktdaten des (innerorganisatorisch) Verantwortlichen (Art. 13 Abs. 1 lit. a Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO))

Landratsamt Wartburgkreis
Sozialamtsleiter/-in
Erzberger Allee 14, 36433 Bad Salzungen
Tel. (0 36 95) 61 70 00; Fax. (0 36 95) 61 70 99
E-Mail: sozialamt@wartburgkreis.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Landratsamt Wartburgkreis
Die Datenschutzbeauftragte
Erzberger Allee 14, 36433 Bad Salzungen
Tel. (0 36 95) 61 51 10; Fax. (0 36 95) 61 51 99
E-Mail: datenschutz@wartburgkreis.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung (Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO)

Prüfung von Ansprüchen gegen einen nach bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtigen sowie deren Durchsetzung.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung (Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 DS-GVO)

Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung ergeben sich aus den gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e und Art. 9 Abs. 2 Buchstabe b DS-GVO angepassten Vorschriften in

- §§ 1361 ff Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) bzw. § 12 LPartG, §§ 1569 ff BGB, 59 ff EheG bzw. § 16 LPartG, §§ 1601 ff BGB, § 1615 I BGB,
- §§ 94 und 117 SGB XII i.V.m. § 1605 BGB,
- §§ 67a – 85a SGB X.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden in Einzelfällen weitergegeben an folgende Empfänger:

- Landratsamt Wartburgkreis – Finanzverwaltung
- ggf. Landratsamt Wartburgkreis – Jugendamt
- ggf. Stabsstelle Recht im Landratsamt Wartburgkreis und Amtsgerichte (für die Durchführung von gerichtlichen Verfahren oder Vollstreckungsverfahren bei Verletzung der Unterhaltspflicht).

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Mit Einstellung der Hilfeleistungen nach SGB XII werden die Unterlagen soweit keine offenen Unterhaltsforderungen mehr bestehen gem. Akten- und Schriftgutarchivierung des LRA WAK vom 18.04.1997 und der Aufbewahrungsfristen gem. der Anlage zum KGSt-Bericht (Kommunale Gemeinschaftsstelle) Nr. 16/1990 für die Dauer von 10 Jahren archiviert.

Nach Ablauf der Archivierungsfrist werden die Daten vollständig gelöscht bzw. vernichtet.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung (Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und

können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

- a) Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so haben Sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.
- b) Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).
- c) Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).
- d) Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO i.V.m. § 84 Abs. 3 SGB X aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.
- e) Im Zusammenhang mit der Bearbeitung Ihres Antrages auf o.g. Leistungen besteht **kein** Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art 20 DSGVO, da die Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse liegt (vgl. Art. 20 Abs. 3 DSGVO).
- f) Es besteht auch **kein** Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO, da die Vorschriften des SGB XII in Verbindung mit dem SGB I und dem SGB X die Verarbeitung von personenbezogenen Daten vorsehen (vgl. § 35 SGB I i.V.m. §§ 67 a bis 85 a SGB X).

9. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der

Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt
www.tlfdi.de

10. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten (Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist in § 117 SGB XII bzw. in § 1605 BGB geregelt.

Die Folgen Ihrer Nichtbereitstellung sind: Erlass einer förmlichen Verfügung (Auskunftsverlangen), die mit den Mitteln des Verwaltungszwanges durchgesetzt werden kann bzw. Anträge nach §§ 235, 236 FamFG.

11. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

Trifft nicht zu

12. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck (Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden. Jedoch erfolgt die Verwendung der erhobenen Daten in anonymisierter Form (d.h. ohne Namen und Anschrift) für Statistikzwecke (§ 121 SGB XII).

Hinweisblatt über die Informationspflichten zur Erhebung von personenbezogenen Daten für

Leistungen nach Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch (SGB XII)

(Informationspflicht nach Art. 14 DS-GVO – keine Direkterhebung beim Betroffenen)

Trifft nur bei Prüfung auf unterhaltsrechtliche Leistungsfähigkeit nach BGB zu – also nicht für pauschalen Unterhaltsbeitrag Sozialamt/Unterhalt

1. Namen und Kontaktdaten des (innerorganisatorisch) Verantwortlichen

Landratsamt Wartburgkreis
Sozialamtsleiterin
Erzberger Allee 14, 36433 Bad Salzungen
Tel. (0 36 95) 61 70 00; Fax. (0 36 95) 61 70 99
E-Mail: sozialamt@wartburgkreis.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Wartburgkreis
Die Datenschutzbeauftragte
Erzberger Allee 14, 36433 Bad Salzungen
Tel. (0 36 95) 61 51 10; Fax. (0 36 95) 61 51 99
E-Mail: datenschutz@wartburgkreis.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung (Art. 14 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO)

Prüfung von Ansprüchen gegen einen nach bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtigen sowie deren Durchsetzung.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung ergeben sich aus den gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e und Art. 9 Abs. 2 Buchstabe b DS-GVO angepassten Vorschriften in

- §§ 1361 ff Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) bzw. § 12 LPartG, §§ 1569 ff BGB, 59 ff EheG bzw. § 16 LPartG, §§ 1601 ff BGB, § 1615 I BGB,
- §§ 94 und 117 SGB XII i.V.m. § 1605 BGB,
- §§ 67a – 85a SGB X.

5. Kategorien der personenbezogenen Daten

Von Ihnen werden folgende Kategorien von personenbezogenen Daten verarbeitet:

- Name, Anschrift, Geburtsdaten,
- Wirtschaftliche Verhältnisse (Vermögen, Einkommen, Einkünfte, Versicherungsansprüche).

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 14 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden in Einzelfällen weitergegeben an folgende Empfänger:

- Landratsamt Wartburgkreis – Finanzverwaltung
- ggf. Landratsamt Wartburgkreis – Jugendamt
- ggf. Stabsstelle Recht im Landratsamt Wartburgkreis und Amtsgerichte (für die Durchführung von gerichtlichen Verfahren oder Vollstreckungsverfahren bei Verletzung der Unterhaltspflicht).

7. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation (Art. 14 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

8. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer (Art. 14 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Mit Einstellung der Hilfeleistungen nach SGB XII werden die Unterlagen soweit keine offenen Unterhaltsforderungen mehr bestehen gem. Akten- und Schriftgutarchivierung des LRA WAK vom 18.04.1997 und der Aufbewahrungsfristen gem. der Anlage zum KGSt-Bericht (Kommunale Gemeinschaftsstelle) Nr. 16/1990 für die Dauer von 10 Jahren archiviert. Nach Ablauf der Archivierungsfrist werden die Daten vollständig gelöscht bzw. vernichtet.

9. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung (Art. 14 Abs. 2 lit. c DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so haben Sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO i.V.M. § 84 Abs. 3 SGB X aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Im Zusammenhang mit der Bearbeitung Ihres Antrages auf o.g. Leistungen besteht **kein** Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art 20 DSGVO, da die Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse liegt (vgl. Art. 20 Abs. 3 DSGVO).

Es besteht auch **kein** Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO, da die Vorschriften des SGB XII in Verbindung mit dem SGB I und dem SGB X die Verarbeitung von personenbezogenen Daten vorsehen (vgl. § 84 Abs. 5 SGB X).

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 14 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der

Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Häbelerstraße 8, 99096 Erfurt
www.tlfdi.de

11. Quelle der personenbezogenen Daten (Art. 14 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten stammen nicht aus einer öffentlich zugänglichen Quelle. Ggf. werden Ihre personenbezogenen Daten von Behörden (wie z. B. Einwohnermeldeamt, Finanzbehörden, Bundesagentur für Arbeit), Banken, Versicherungen, Bausparkassen, Insolvenzverwalter, Nachlasspfleger oder dem Arbeitgeber bezogen.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 14 Abs. 2 lit. g DS-GVO)

Trifft **nicht** zu

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.